

Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz
am 19.11.2024

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:55 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Tom Brüntrup
Herr Bernd Henrichsmeier
Herr Dr. Matthias Kulinna
Herr Tim Pollvogt
Frau Carla Steinkröger

SPD

Frau Dorothea Brinkmann
Herr Kai-Philipp Gladow
Herr Ole Heimbeck

Stellv. Vorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Phyllis Bollgönn
Herr Klaus Feurich-Tobien
Frau Dr. Adele Gerdes
Herr Dominik Schnell

Vorsitzender

Die Linke

Herr Carsten Strauch

FDP

Frau Irene Binder

Die PARTEI

Herr Marcelo Ruiz

Beratende Mitglieder

Herr Günter Seidenberg
Herr Cemil Yildirim
Herr Dr. Michael Schem

Bürgernähe (beratendes Mitglied nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW)

Frau Gordana Kathrin Rammert

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Anja Dörrie-Sell

Verwaltung

Herr Martin Adamski	Beigeordneter Dezernat 3
Frau Tanja Möller	Leiterin Umweltamt
Herrn Timoteus Peters	Umweltamt
Frau Birgit Reher	Umweltamt
Frau Ina Trüggelmann	Umweltamt
Herr Dr. Clemens Pues	Kaufm. Leiter Umweltbetrieb
Herr Thomas Finke	Umweltbetrieb
Frau Silke Kroll	Umweltbetrieb
Herr Sebastian Richter	Umweltbetrieb
Frau Ecem Bezdüz	Bauamt

Externe Berichterstatter

Herr Olaf Kulaczewski	Stadtwerke Bielefeld GmbH
Herr Dr. Nils Neusel-Lange	Stadtwerke Bielefeld GmbH

Schriftführung

Frau Hanna Stemme	Umweltamt
-------------------	-----------

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schnell, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Fraktionen der SPD und der CDU vereinbaren Pairing.

Herr Schnell weist darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 14 und 15 vertagt würden.

-.-.-

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 35. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 01.10.2024

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 35. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 01.10.2024 wird genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Zu Punkt 2.1

Deponie 42 Galgenheide, Ausschreibung einer Machbarkeitsstudie

Die Mitteilung ist im Ratsinformationssystem einsehbar.

Auf Nachfrage von Herrn Heimbeck erläutert Frau Möller, dass es in Bielefeld diverse Deponien gebe, welche nach einer vor Jahrzehnten erfolgten Stilllegung jetzt in einer sogenannten Nachsorgephase seien. Die Deponie in Galgenheide, welche sich in der Nachsorge befinde, habe ein Entgaspotenzial. Leitparameter sei der Schadstoff Methan. Es sei eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben worden.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3

Anfragen

Zu Punkt 3.1

Verpflichtungen gegenüber der Umwelthilfe (Anfrage der FDP vom 12.11.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9063/2020-2025

Die Antwort auf die Anfrage ist im Ratsinformationssystem einsehbar.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.2

Reiherbach in Senne - Belastung mit Chemikalien (Anfrage der CDU vom 12.11.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9071/2020-2025

Die Antwort auf die Anfrage ist im Ratsinformationssystem einsehbar.

Frau Steinkröger äußert, dass sie die vorliegende Antwort nicht zufrieden stelle. Sie habe durch die Zeitung von der Belastung erfahren. In der Bezirksvertretung Senne gebe es eine weitere Nachfrage, sie hoffe dort auf eine klärende Antwort.

Frau Möller nimmt eine Einordnung vor und geht auf die eingestellte Antwort ein. Die Thematik PFAS (per- und polyfluorierte Alkylverbindungen) sei sehr komplex. Es handle sich um Ewigkeitschemikalien, welche aus der industriell-gewerblichen Verarbeitung und Herstellung stammen würden, diese würden weltweit existieren. Vieles sei noch nicht bekannt und in Erarbeitung, beispielsweise einzelne Grenzwerte. Es handle sich insgesamt um ein Zukunftsthema, mit dem sich befasst werden müsse. Hinsichtlich der PFAS-Belastung im Reiherbach gebe es zwei zentrale Quellen, die Kläranlage des Ökotech-Parks und den Altlastenstandort der ehemaligen Rieselfelder.

Herr Dr. Kulinna erkundigt sich, wie gefährlich die Belastung sei und, ob weitere Gewässer in Bielefeld betroffen seien.

Frau Möller führt aus, dass keine Erkenntnisse darüber vorlägen, dass andere Gewässer auf dem Bielefelder Stadtgebiet belastet seien. Es müsse keine Besorgnis bestehen, dass es sich um eine akute Gefahr handle.

Herr Dr. Schem erläutert, dass PFAS beispielsweise auch in handelsüblichen Imprägnierungsmitteln enthalten seien. Derzeit gehe es darum, im ersten Schritt die Gefährdung einzuschätzen und im Folgenden diese loszuwerden. Er bestätigt, dass es sich nicht um eine akute Gefahr handle.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 4 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen

Zu Punkt 4.1 Wasserversorgungskonzept 2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8430/2020-2025

Herr Schnell führt aus, dass die Koalition um eine weitere Lesung der Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 bittet. Er verweist auf die Aussprachen in den letzten Sitzungen. Von einer weiteren Lesung sei der Antrag der Koalition unter 4.1.1 ausgenommen.

Frau Steinkröger empfiehlt, die Thematik mit dem Oberbürgermeister zu besprechen.

Es wird die 3. Lesung für die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 beschlossen.

- 3. Lesung -

-.--

Zu Punkt 4.1.1 Antrag "Wassersparkonzept für Bielefeld" zu Dr.-Nr. 8430/2020-2025 "Wasserversorgungskonzept 2024" (Antrag der Koalition vom 05.11.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9020/2020-2025

Herr Feurich-Tobien stellt die Inhalte des vorliegenden Antrages vor. Es handele sich um einen flankierenden Antrag. Im Wasserversorgungskonzept käme das persönliche Wassersparen der Bielefelder Bevölkerung zu kurz. Es solle zusätzlich ein Konzept erstellt werden, um die Bielefelder Bevölkerung für einen sparsamen und nachhaltigen Umgang mit der hochwertigen Ressource Trinkwasser zu sensibilisieren.

Frau Steinkröger erläutert, dass der Antrag auf den ersten Blick Sinn ergebe. Sie frage sich jedoch, ob eine zusätzliche Kampagne notwendig sei. Beispielsweise bei den Stadtwerken und der Verbraucherzentrale gebe es bereits Beratungs- und Informationsmöglichkeiten. Es solle vermieden werden, Doppelstrukturen zu schaffen. Den Antrag in der vorliegenden Form würde sie ablehnen.

Frau Binder äußert, dass auch sie den Antrag in der dargestellten Form ablehnen würde. Darüber nachzudenken, wie Wasser eingespart werden könne, sei richtig, in der vorliegenden Form sei ihr dies jedoch zu viel.

Frau Rammert äußert ihre Sympathie für den Antrag. Dieser sei zielgerichtet und gut. Manche Menschen müssten mit der Nase darauf gestoßen werden. Bezugnehmend auf die Äußerungen von Frau Steinkröger und

Frau Binder beantragt sie die Abstimmung der einzelnen Punkte, sodass bei einzelnen Punkten eine breite Zustimmung erreicht werden könne.

Herr Feurich-Tobien betont, dass es darum gehe, aktiv zu beraten. Das Thema sparsamer Umgang mit dem Trinkwasser könne nicht zu hoch angesetzt werden. Eine gewisse Sensibilität schiene verloren zu gehen.

Herr Dr. Kulinna führt aus, dass es ausreichend Beratungs- und Informationsangebote gebe. Er erkundigt sich nach der Zuständigkeit und, ob es sich bei der Thematik Wasser um eine Angelegenheit der Länder handle.

Herr Dr. Neusel-Lange erläutert, dass es in Anbetracht der aktuellen Situation möglich und sinnvoll sei, über einen sparsamen Wasserverbrauch auf kommunaler Ebene zu sprechen. Auch die Stadtwerke würden dafür werben, sorgsam im Umgang zu sein. Er interpretiere den Antrag als etwas Zusätzliches zu Bestehendem.

Herr Adamski fasst die Botschaft des Antrages zusammen, dass die Wassersparmaßnahmen im Wasserversorgungskonzept zu kurz gekommen seien.

Herr Heimbeck betont, dass die Sensibilität für das Wassersparen notwendig sei. Dies käme im Wasserversorgungskonzept zu kurz. Wasser habe eine absolute Priorität in der Daseinsvorsorge.

Herr Pollvogt äußert seine Kritik an dem vorliegenden Antrag und bezweifelt nennenswerte Resultate der vorgeschlagenen Maßnahmen. Die Trinkwasserversorgung sei von der landwirtschaftlichen Wassernutzung zu trennen. Hier gebe es Brunnen, die genutzt würden.

Herr Henrichsmeier bittet darum, die gesamte Thematik zusammen auf den Weg zu bringen und nicht den Antrag vorab.

Herr Strauch führt aus, dass er nicht verstehe, dass eine kleine Kampagne so eine Diskussion auslöse. Für ihn gehöre der Aspekt des Wassersparens in das Wasserversorgungskonzept.

Herr Adamski erläutert, es gehe darum, die Bürgerinnen und Bürger auf angepasste und moderate Art und Weise zu informieren und zu sensibilisieren, vor allem, um Alternativen aufzuzeigen.

Herr Ruiz interessiert sich, wie mit Problemen wie Verstopfungen, Verklumpungen etc. in Folge des Wassersparens umgegangen werden könne.

Herr Dr. Neusel-Lange geht hierauf ein. Grundsätzlich sei das Trinkwassersystem auf eine gewisse Durchflussmenge ausgelegt. Wo Stagnationsrisiken gesehen würden, müssten aus technischen und hygienischen Gründen Spülungen durchgeführt werden. Er weist darauf hin, dass nicht von der Hand zu weisen sei, dass Trinkwasser sehr preiswert sei und dies Einfluss auf den Umgang hätte.

Frau Steinkröger bekräftigt die von Herrn Henrichsmeier angesprochene Bitte und beantragt die 1. Lesung. Es liege Diskussionsbedarf vor und es sei wünschenswert einen gemeinsamen Kompromiss zu finden.

Frau Rammert merkt kritisch an, ob die Erhöhung der Wasserpreise der Stadtwerke zum 01.01.2025 im Zusammenhang mit der angesprochenen Thematik gesehen werden dürfe.

Herr Feurich-Tobien betont, dass eine Preiserhöhung kein Steuerungsinstrument darstellen dürfe. Er bezieht Stellung zu der Äußerung von Herrn Pollvogt. Auch die landwirtschaftlich genutzten Brunnen seien von den Grundwasserständen abhängig. Somit bestehe auch hier ein Zusammenhang.

Frau Dr. Bollgönn berichtet aus Berlin und der Idee eines Sockelpreises.

Abschließend führt Herr Dr. Neusel-Lange aus, dass die Preisstellung der Stadtwerke keine strategischen Ansätze zum Wassersparen enthalte und auf Basis der Kostenstruktur in der Wasserversorgung erfolge. Diese werde kartellrechtlich überwacht. Die Preisanpassung basiere auf einer reinen Ist-Kosten-Berechnung.

Herr Schnell stellt die Zustimmung zur 1. Lesung fest.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Kooperation der Stadtwerke Bielefeld GmbH im Rahmen der Trinkwasserversorgung - Gründung der NewCo GmbH & Co. KG sowie deren Komplementär-GmbH

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7528/2020-2025

Hinweis der Schriftführung:

Es ergeht die 3. Lesung. Siehe Tagesordnungspunkt 4.1.

- 3. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Bielefeld für die Igel (Antrag der Koalition vom 11.11.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9094/2020-2025

Herr Feurich-Tobien erläutert den vorliegenden Antrag, er hebt den Umweltbetrieb lobend hervor.

Frau Steinkröger verweist auf die Zuständigkeit des Umweltbetriebes.

Es wird mehrfach angeregt, Informationen auch auf Fahrzeuge wie Busse und Müllfahrzeuge anzubringen.

Herr Adamski sagt zu, das Konzept passend bis zu dem Beginn der Igel-saison im April/Mai vorzustellen. Dann könne darüber weiter befunden werden.

Herr Feurich-Tobien schlägt vor, den Beschlussvorschlag minimal abzuändern. Das Konzept sei vorab dem Betriebsausschuss Umweltbetrieb zur Beschlussfassung vorzulegen.

Herr Schnell vernimmt eine Zustimmung zur Änderung und lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Es ergeht folgender ergänzter

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, eine Kampagne „Bielefeld für die Igel“ zu erarbeiten.

Inhalt dieser Kampagne sollen u.a. folgende Punkte sein:

- **Tipps für die Gartengestaltung zum Wohle von Igel, Insekt & Co**
- **„Freie Bahn für Igel“ – Lebensräume vergrößern und erschließen z.B. durch den Bau von „Igeltüren“ in Zäunen oder die Anlage von Hecken zur „igeldurchlässigen“ Grundstückseinfassung**
- **Aufklärung über Gefahren bei der Grünpflege durch Laubsauger, Mähroboter und Co**
- **Nachhaltige und angemessene Informationsweitergabe bei der Kommunikation des Bauamtes mit Bauantragsteller*innen**
- **Kontaktmöglichkeiten bei Igelfragen und Funden von kranken, verletzten oder unterernährten Tieren**

Die Kampagne ist dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK), dem Betriebsausschuss Umweltbetrieb (BUWB) und der Öffentlichkeit zum Start der „Igelsaison“ im Frühjahr 2025 vorzustellen.

Das Konzept ist vorab dem BUWB zur Beschlussfassung vorzulegen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Fortschreibung der Pflegepläne im öffentlichen Grün

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9008/2020-2025

Herr Schnell begrüßt Herrn Finke und Herrn Richter, Umweltbetrieb, für mögliche Rückfragen.

Auf Nachfrage von Herrn Heimbeck zu der Bilanzierung und Abweichung der Arbeitsstunden erläutert Herr Finke, dass sich die größte Abweichung aus dem Apothekergarten ergebe.

Herr Adamski ergänzt, dass die Tätigkeiten vorab in den Bezirken beschlossen worden seien. Der Umweltbetrieb sei mit dem Grünflächenmanagement in der Lage, auf jeden Quadratzentimeter anzugeben, wie viel Geld und Aufwand aufgewendet werde, um die Kosten darzustellen. Nur wenige Bereiche in der Stadtverwaltung würden eine so genaue Aufschlüsselung durchführen, dies habe Vorbildcharakter. Vorliegendes stelle die operative Seite dar. Die politische Diskussion sei hiervon zu trennen.

Herr Finke erläutert auf Nachfrage von Herrn Pollvogt, dass es auch einen Vergabeanteil gebe. Er sei froh, dass der Umweltbetrieb über einen großen Mitarbeiterstand verfüge. Vergaben würden dort erfolgen, wo sie sinnvoll seien. Die Vergabequote liege bei knapp 10-15 %.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.--

Zu Punkt 7

Gehölzschnitt- und Rodungsarbeiten auf Naturschutz-relevanten Flächen für die Saison 2024/25

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9010/2020-2025

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.--

Zu Punkt 8

Konzept muslimische Bestattungen in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7836/2020-2025

Herr Schnell begrüßt Frau Kroll, Umweltbetrieb, für mögliche Rückfragen. Er weist darauf hin, dass der Beschluss vorbehaltlich des Beschlusses des Betriebsausschusses Umweltbetrieb erfolgen werde.

Herr Feurich-Tobien beantragt die Änderung des Beschlusstextes und bezieht sich dabei auf die Änderungen der Bezirksvertretung Heepen. Der Empfehlung der Bezirksvertretung Heepen sei weitestgehend zu folgen. Zunächst sei die 3.000 qm große Erweiterungsfläche (ehemalige Steinmetzfläche) zu nutzen. Danach sei über die mögliche Nutzung der 15.000 qm großen Fläche erneut zu beraten.

Herr Heimbeck weist darauf hin, dass die muslimischen Verbände erklärt hätten, dass Grabflächen, welche vor sehr langer Zeit belegt worden seien, auch für sie in Betracht kämen.

Herr Schnell fasst zusammen, dass der Beschluss unter vorbehaltlicher Zustimmung des Betriebsausschusses Umweltbetrieb erfolge und die von

Herrn Feurich-Tobien genannte Empfehlung der Bezirksvertretung Heepen mit in den Beschlusstext einfließen.

Herr Schnell nimmt die Zustimmung zur Kenntnis.

Es ergeht folgender geänderter

Beschluss:

Der AfUK beschließt vorbehaltlich des Beschlusses des Betriebsausschusses Umweltbetrieb das Konzept als Rahmenplanung für das zukünftige Angebot an muslimischen Bestattungen unter weitest gehender Berücksichtigung des untenstehenden Beschlusses der Bezirksvertretung Heepen. Zunächst ist die 3.000 qm große Erweiterungsfläche (ehemalige Steinmetzfläche) zu nutzen. Danach ist über die mögliche Nutzung der 15.000 qm großen Fläche erneut zu beraten.

„Die 15.000 qm große, außer Dienst gestellte Erweiterungsfläche für den Friedhof Altenhagen steht als mögliche Fläche für muslimische Bestattungen aufgrund anderweitiger Beschlüsse der Bezirksvertretung Heepen nicht zur Verfügung und ist daher aus dem Konzept zu streichen.

Das Konzept ist hinsichtlich der Nutzung der Flächen auf dem Sennefriedhof (Abteilung T und X) dahingehend zu aktualisieren, dass auch diese ehemaligen, lange abgelaufenen Reihenfelder für muslimische Bestattungen seitens der islamischen Gemeinden anerkannt werden.

Es ist dem Konzept darauf hinzuweisen, dass perspektivisch das Angebot an Friedhofsflächen begrenzt ist.

Die Verwaltung wird gebeten, Maßnahmen zu prüfen und der Bezirksvertretung vorzustellen, die geeignet sind, die Friedhofsruhe sicherzustellen.

Im Übrigen wird dem Konzept zugestimmt.“

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

44. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung vom 23. November 1978

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 8821/2020-2025

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Ausschüsse empfehlen, der Rat beschließt die 44. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bielefeld vom 23. November 1978 gem. der Anlage I (einschließlich Anlage zur Änderungssatzung - Änderungen des Straßenverzeichnisses-).

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

23. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Abfallentsorgung in der Stadt Bielefeld vom 19.12.1997

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8823/2020-2025

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Ausschüsse empfehlen, der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die 23. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Abfallentsorgung in der Stadt Bielefeld vom 19. Dezember 1997, zuletzt geändert durch Satzung vom 18.12.2023 gemäß Anlage I.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

49. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Grundstücksentwässerung und der Abwasseruntersuchungen in der Stadt Bielefeld vom 22. November 1973 (KdS Grundstücksentwässerung).

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8825/2020-2025

Herr Ruiz fragt nach, inwieweit die Regelung zur Grundstücksentwässerung Anreize für das Versickern auf eigenen privaten Grundstücken schaffe.

Herr Adamski verweist auf den in der Vergangenheit im Ausschuss gehaltenen Vortrag zum Thema Schwammstadt und Umgang mit Starkregenereignissen. Eine entsprechende Satzungsänderung um Anreize zu schaffen, den Versiegelungsgrad zu reduzieren und Versickerung vor Ort zu unterstützen, sei in der Vorbereitung und werde zu gegebener Zeit im Ausschuss vorgestellt.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Ausschüsse empfehlen, der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die 49. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Grundstücksentwässerung und der Abwasseruntersuchungen in der Stadt Bielefeld vom 22. November 1973 (KdS Grundstücksentwässerung) gemäß Anlage I.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12 34. Änderung zur Satzung über die Kostendeckung der Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben vom 18.12.1987

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8897/2020-2025

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Ausschüsse empfehlen, der Rat der Stadt Bielefeld beschließt die 34. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben vom 18.12.1987 gemäß der Anlage.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13 Rahmenvorgaben für die Konzeptvergabe bei mehrgeschossigem Wohnungsbau i. S. d. Bielefelder Baulandstrategie

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8804/2020-2025

Herr Feurich-Tobien fragt nach, ob die genannten Punkte „nice-to-have“ seien oder ob es sich um Pflichten und eine feste Vorgabe handele.

Frau Bezdüz, Bauamt, erläutert, dass die Konzeptvergabe für den mehrgeschossigen Wohnungsbau eine Pflicht darstelle, die im Rahmen der Baulandstrategie ausgeübt werden solle. Diese sei bereits beschlossen.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 14 Standortkonzept Photovoltaik-Freiflächenanlagen in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7814/2020-2025

Herr Schnell weist darauf hin, dass dieser Tagesordnungspunkt vertagt werde.

- vertagt -

-.-.-

Zu Punkt 15 Prüfung der Installationsmöglichkeiten großflächiger Photovoltaikanlagen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7818/2020-2025

Herr Schnell weist darauf hin, dass dieser Tagesordnungspunkt vertagt werde.

- vertagt -

-.-.-

Zu Punkt 16 Kommunale Wärmeplanung: Informations- und Beteiligungsformate

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9004/2020-2025

Auf Nachfrage von Herrn Ruiz zum Stand des Entwurfes zur Fernwärmesatzung erläutert Frau Reher, dass dieser in Bearbeitung sei und zeitnah vorgelegt werde.

Herr Dr. Kulinna bittet um eine Darstellung des aktuellen Stands der kommunalen Wärmeplanung in der kommenden Sitzung im Januar.
Es erfolgt eine Zusage des Berichts.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz beschließt im Rahmen der Öffentlichkeitsmaßnahmen zur kommunalen Wärmeplanung:

- 1. Die Durchführung von Informationsveranstaltungen für die Stadtgesellschaft und die Bildung eines Arbeitskreises (Stakeholder) zur Begleitung des Prozesses. Die Finanzierung erfolgt durch die im Haushaltsplan angemeldeten Mittel des Klimaschutzbudgets 2025. Hierfür sind 9.500 € eingeplant.**
- 2. Die Erarbeitung einer Öffentlichkeitskampagne mit entsprechenden Materialien durch ein Planungs- und Grafikbüro. Die Finanzierung erfolgt mit maximal 29.000 € aus dem Klimaschutzbudget 2024.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 17

Bilanzierung der Treibhausgasemissionen der Stadt Bielefeld für die Jahre 2020-2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8855/2020-2025

Herr Schnell kündigt den Vortrag „Treibhausgasemissionen der Stadt Bielefeld“ an und begrüßt Herrn Peters, Umweltamt, als Vortragenden.

Hinweis der Schriftführung:

Der Vortrag ist anhand der im Ratsinformationssystem einsehbaren Präsentation nachzuvollziehen.

Herr Peters verweist auf die Nachfrage von Herrn Dr. Kulinna zur Aufschlüsselung der Emissionsfaktoren beim Strom an die Stadtwerke Bielefeld.

Auf Nachfrage von Frau Rammert erläutert Herr Peters, dass viele Neuzulassungen von E-Autos vorlägen, welche eine Auswirkung auf den Emissionsrückgang hätten.

Er erklärt auf Nachfrage von Herrn Pollvogt, dass nur die absoluten Zahlen betrachtet worden seien.

Herr Peters weist auf Nachfrage von Herrn Heimbeck darauf hin, dass vor dem Jahr 2018 eine andere Bilanzierungsmethode genutzt worden sei. Seit 2018 werde mit der BSKO-Methode gerechnet.

Er führt weiter aus, dass generell die erneuerbare Energie, welche in Bielefeld erzeugt werde, mit aufgenommen werde. Es sei zu beachten, dass nicht alle Balkonkraftwerke angemeldet seien, sodass diese teilweise nicht erfasst würden.

Herr Ruiz äußert, dass hier mit einer Bilanzierungssystematik gearbeitet werde, welche nicht wirklich maßnahmensensitiv sei. Er fragt sich, welche Konsequenzen in Blick auf die Klimakrise gezogen werden sollten. Er wünsche sich mehr Klartext von der Bielefelder Politik.

Herr Dr. Schem betont, dass in seinen Augen zu wenig getan werde. Die Natur werde nicht verhandeln, jede zusätzlich ausgestoßene Tonne CO₂ werde Konsequenzen haben. Er appelliert, mehr für die CO₂-Einsparung zu tun.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 18

Bielefelder Klimabeirat

Zu Punkt 18.1

Bericht aus dem Bielefelder Klimabeirat

Herr Dr. Schem berichtet aus der letzten Sitzung des Bielefelder Klimabeirates am 30.10.2024. Es habe unter anderem einen Vortrag zum Thema

Gründung einer Bürgerenergiegenossenschaft gegeben. Er führt aus, dass die Bürgerenergiegenossenschaft sich über neue Mitglieder freuen würde.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 19

Bericht aus dem Naturschutzbeirat

Über die letzte Sitzung des Naturschutzbeirates ist bereits berichtet worden.

-.-.-

Zu Punkt 20

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es liegt kein Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen aus vorangegangenen Sitzungen vor.

-.-.-